



Information

Erlensee, den 11.12.2008

CDU-Fraktionsvorsitzender Max Schad Haushaltsrede 2009

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor uns liegt die Verabschiedung des 2. Haushalts, der nach den Prinzipien der Doppik erstellt wurde.

Nicht mehr Verwaltungs- und Vermögenshaushalt stehen im Focus sondern Ergebnis- und Finanzhaushalt sind zu verabschieden.

„Der doppische Haushalt ist nicht nur eine Änderung eines Buchungsstils, sondern verbessert grundlegend unsere Möglichkeiten, knappe Ressourcen auf der Grundlage geeigneter Informationen zum Wohle unserer Gemeinde einzusetzen.“

Soweit die Theorie. In der Praxis stellt sich das bisher ein wenig schwieriger dar. Mit der Vorstellung der Produktpläne sind wir allerdings einen weiteren Schritt gegangen. Insofern sind wir davon überzeugt, dass nach und nach ein Schuh aus der neuen Systematik wird.

Durch die neue Produktorientierung werden sowohl die Investitionen als auch die laufenden Kosten dort aufgeführt, wo sie auch entstehen. Insgesamt erhöht sich zukünftig somit die Transparenz. Für uns in der Gemeindevertretung bedeutet dies, dass wir zukünftig genauer erkennen können, welches Produkt welche Kosten verursacht und welche Erträge es erbringt. Wir können davon ausgehen, dass sich auch die Art und Weise in der wir hier diskutieren, grundlegend ändern wird. Darauf sind wir gespannt.

Von Kardinal Richelieu stammt der Satz: Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen des Untertanen entzogen werden.

Ich denke, mit dieser altertümlichen Denkweise nichts zu tun haben zu wollen, ist unser aller Anspruch.

Eines hat sich allerdings auch mit der Doppik nicht geändert:

Bereits unter der Geltung des kameralen Haushaltsrechts war die Sicherung der stetigen Erfüllung kommunaler Aufgaben der wichtigste Zweck der gesamten Haushaltswirtschaft. Als zentrales Element dieses Grundsatzes hat der Gesetzgeber die Kommunen schon nach alter Rechtslage verpflichtet, ihre Haushalte auszugleichen.

Im § 92 der HGO heißt es:

Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen. Der Haushalt soll in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein.

Wir alle kennen diese Prinzipien.

Leider wird es uns dem Entwurf zu Folge wieder nicht gelingen, dieses Ziel zu erreichen. Gleichzeitig bildet der vor uns liegende Haushalt ein Haushaltsjahr ab, das von einem sehr erfolgreichen Wirtschaftsjahr in der Bundesrepublik geprägt war. Wir alle wissen aber auch: Der Höhepunkt ist erreicht. Es geht wieder abwärts. Dies wird auch Auswirkungen auf unseren Haushalt und das Ziel des Haushaltsausgleiches haben. Und das besorgt die CDU schon. Eine weiter steigende Verschuldung dürfen wir uns nicht so einfach erlauben.

Klar ist, Kommunalpolitik hat in Zeiten voller Kassen schon einmal mehr Spaß gemacht als in Zeiten wie diesen. Es ist keine erfreuliche Aufgabe, jeden Groschen 2 Mal umzudrehen, wo man doch angetreten ist, um den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Aber dieser Weg bleibt alternativenlos. Gerade die jüngere Generation in unserer Fraktion hat Interesse daran, auch noch in späteren Jahren einen Gestaltungsspielraum in der Politik zu behalten und nicht den bloßen Mangel zu verwalten.

Im Laufe der Haushaltsberatungen ist wieder einmal klar geworden, dass bereits heute der weit überwiegende Teil der Einnahmen und Ausgaben nicht zur Disposition steht und für politische Entscheidungen überhaupt nicht zugänglich ist.

Freie Budgets machen bereits heute einen sehr kleinen Teil des Haushalts aus. Und das muss man den Bürgerinnen und Bürgern deutlich sagen: Sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabenseite ist der politische Handlungsspielraum der Kommune außerordentlich beschränkt. Die Summe, auf die wir überhaupt einen Einfluss haben, beläuft sich nur auf einen Bruchteil des Gesamthaushalts.

Und um zumindest diesen kleinen Spielraum zu erhalten, müssen wir uns gut überlegen, worin wir investieren. Unsere internen Beratungen waren von dieser Überlegung geprägt. Das Ergebnis sind Anträge, die hauptsächlich auf das Sparen abzielen. Man mag über manches unterschiedlicher Auffassung sein. Zur Zielrichtung allerdings, die wachstumsfördernden Akzente zu setzen und ansonsten Sparsamkeit walten zu lassen, gibt es keine Alternative.

Der Schriftsteller Otto Ernst sagte mal:

“Keine menschliche Tugend ist so verbreitet, wie der Sinn für Wohltätigkeit aus der Tasche anderer.“

Diese Taschen sind für uns die Haushalte der Gemeinde und die Taschen der künftigen Generationen. Jeder Schuldeneuro schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen, meiner Generation und der nachfolgenden Generationenerheblich ein.

Ich möchte in Zukunft noch gestalten können und ich möchte, dass meine Kinder gestalten können. Deshalb ist es gut für die Gemeinde und so wichtig für uns junge Menschen, wenn wir anfangen, diesen Schuldenberg endlich abzutragen.

Ganz klar: Es bleibt eine schwierige Gratwanderung, die sozialen Strukturen nicht zu gefährden, aber auch so sparsam zu haushalten, dass die Verschuldung begrenzt bleibt. Dazu bedarf es auch den Mut, bestehende Strukturen zu hinterfragen und auch unbequeme Entscheidungen zu treffen. Hier muss das Parlament an einem Strang ziehen und gemeinsam Größe zeigen, statt politischen Honig aus dieser Problematik zu saugen. Dies erwarten wir im Übrigen von allen Fraktionen.

Niemals dürfen wir bei diesen Bemühungen den Kopf in den Sand stecken und uns darauf beschränken, auf bessere Zeiten zu hoffen. Dort, wo dies betrieben wurde, sind die Konsequenzen bitter. Eine Stadt wie Bochum, die alleine bereits mit 1 Milliarde Euro verschuldet ist, steckt in einer Sackgasse. Dort wird es Generationen dauern, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Aber vergleichen wir uns nicht mit Bochum und kommen jetzt zu den erfreulichen Dingen:

Erfreulich ist in diesem Jahr erneut ein beträchtlicher Betrag, den wir in die Zukunft unserer Gemeinde investieren. Es wird niemand umhinkommen, die erstaunliche Entwicklung anzuerkennen, in der sich unsere Gemeinde befindet. Eines ist klar: Die Jahre der Entwicklungs- Stagnation, in der wir vor uns hindümpeln und neidisch zusehen, während andere klotzen, ist vorbei. Erlensee hat deutlich an Fahrt aufgenommen. Fest steht: Wir holen auf.

Die aufwendige Neugestaltung der Leipziger Straße, die das Gemeindeparlament gemeinsam mit dem Gemeindevorstand und der Verwaltung auf den Weg gebracht hatte, ist ein voller Erfolg. Es ist gelungen, das trennende Band innerhalb Rückingens zu beseitigen und viele unansehnliche Flecken neu zu gestalten. Alleine die Ortseinfahrten nach Rückingen geben ein völlig anderes Bild, kaum mehr vorstellbar, dass wir noch vor kurzer Zeit eine autobahnähnliche Straße an der Stelle hatten. Die CDU ist sich sicher, dass die noch ausstehende Bebauung der brachliegenden Flächen rund um den ehemaligen Toom-Baumarkt die Leipziger Straße noch bunter und interessanter machen wird. Betrachtet man die Ausmaße der Baustelle Leipziger Straße, so ist dies sicherlich eines der größten Infrastrukturprojekte die die Gemeinde bislang gestemmt hat.

Erfreulich ist auch die Entwicklung im Gewerbepark an der A 45. Zwar ist es nicht gelungen, eine richtig dicken Fisch an Land zu ziehen, was das zukünftige Potential der Gewerbesteuer anbetrifft. Dies soll aber nicht heißen, dass nicht das bestmögliche Ergebnis erzielt worden ist. Es ist ja nicht so, dass es die großen Gewerbesteuerzahler wie Sand am Meer geben würde. Zudem gibt es ja noch einige freie Flächen. Mit der Entwicklung des Gewerbegebiets ist die Gemeinde einen Schritt gegangen, die wir alle lang herbeigesehnt haben, bietet er doch neue Perspektiven für Arbeitsplätze vor Ort und die Chance, bei den Gewerbesteuereinnahmen den

Anschluss zu finden. Vielleicht erarbeiten wir uns ja dadurch einen neuen finanziellen Spielraum.

Herr Erb, Sie haben in ihrem Ansatz für die künftigen Gewerbesteuereinnahmen konservativ gerechnet, was nicht zuletzt der den Abschreibungen der Firmen geschuldet ist. Aber ich denke -und das war ja auch Ihre Einschätzung- wir können uns für die Zukunft höhere Einnahmen erhoffen. Und das ist auch bitter nötig, sind die Gewerbesteuereinnahmen eine der wenigen Möglichkeiten, die Finanzen der Gemeinde auf gesündere Beine zu stellen. Schon lange hoffen wir hier auf positive Impulse. Unsere Gemeinde hat Potential. Das wurde die letzten Jahre auch rausgearbeitet. Und es scheint sich auch auszuzahlen.

Mit Hoffnung blicken wir zudem auf die Entwicklungen auf dem Fliegerhorst. Wohin die Reise gehen wird, war ja in Ansätzen durchaus zu erkennen. Nächste Wochen nach der Sitzung des Fliegerhorst-Ausschusses werden wir noch schlauer sein. Auch bei diesem Projekt muss im Vordergrund stehen, die Gewerbesteuereinnahmen zu erhöhen und neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Vielleicht gelingt es ja dann, den dicken Gewerbesteuer-Fisch an Land zu ziehen. Gleichzeitig muss es gelingen, mit dem was dort entsteht, bei den Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz zu finden. Schon einmal waren die Aktivitäten auf dem Fliegerhorst Anlass zur Gründung einer Bürger Initiative. Daran muss gedacht werden.

Was der CDU-Fraktion aber wichtig ist: Bei allen Entwicklungen auf dem Fliegerhorst und den auch notwendigen Zugeständnissen an die Natur dürfen wir eines nicht vergessen. Der Fliegerhorst hat die Geschichte unserer Gemeinde in den letzten 75 Jahren entscheiden mitgeprägt. Diese wechselhafte Geschichte, die ihren Ursprung in den Planungen den Nazi-Regimes hat, darf nicht einfach im Zuge der neuen Entwicklung versanden. Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, ein kleines Museum auf dem Fliegerhorst einzurichten, das der besonderen Geschichte dieses Areals Rechnung trägt. Dies wird uns in der Januar-Sitzung beschäftigen.

Gute Signale gibt es auch von der Umgehungsstraße. Die Finanzierung des Projekts scheint nunmehr gesichert. Hier macht es sich wohl bezahlt, dass der Linksblock in Wiesbaden nicht an die Macht gekommen ist. Mit deren drastischen Kürzungsplänen im Infrastrukturbereich wäre das Aus für die Straße in den kommenden Jahren wohl ausgemacht gewesen. Jahrzehntelang warten die Anwohner auf diese Straße. Es kann daher nicht angehen, solche Projekte in irgendwelchen Koalitionsverträgen zu opfern. Vielmehr wird es Zeit, diese Angelegenheit endlich zu den Akten legen zu können.

Keine Haushaltsrede ohne das Thema Schwimmbad: Bedanken können wir uns auch über einen satten Landeszuschuss von 500.000 Euro für die Renovierung des Hallenbades. Die Mittel stammen aus dem Schwimmbad-Programm, das die CDU damals noch mit absoluter Mehrheit beschlossen hatte. Dass aber die Gemeinde Erlensee als eine der Ersten in Hessen davon profitiert, ist ihr eigener Verdienst. Es gibt eine Reihe Bäder in Hessen, die sehr marode sind. Dass wir die Ersten sind, ist eine tolle Sache und hilft uns. Wir erwarten, dass die Umlaufzeit sinnvoll genutzt wird, um hier in den Gremien über ein neues Schwimmbadkonzept zu beraten. Das wurde ja auch so bereits angedeutet.

Ziel muss sein, dass wir am Ende des Tages ein modernes Schwimmbad und ein modernes Konzept haben - und der Zuschussbedarf reduziert werden kann. Fest steht, in das Schwimmbad muss mehr Aktion und mehr serviceorientiertes Handeln Einzug halten, dann wird sich auch der wirtschaftliche Erfolg verbessern. Dass wir unser Schwimmbad weiter

halten können, ist wichtig: Wir können mit dieser Entscheidung ein wichtiges Freizeitangebot weiterhin anbieten.

Erfreulich sind auch Investitionen in die Radwege im Vorfeld des Hessentages oder auch die Investition in das neue ELW für die Feuerwehr. Beides unterstützen wir gerne. Den heute anwesenden Feuerwehrleuten möchte ich in unser aller Namen herzlich für ihren tollen Einsatz danken.

Eine Verstärkung der Anstrengungen –finanzieller wie auch personeller Art – müssen wir in Zukunft bei der Jugendarbeit erreichen. Geförderte intakte Jugendarbeit ist ungeheuer wichtig und die Gemeinde leistet mit ihren Zuschüssen keinen unwesentlichen Beitrag dazu. Angesichts der zunehmenden Beziehungskrisen in unserer so stark nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Gesellschaft ist die Förderung der gebundenen wie der offenen Jugendarbeit nötiger denn je. In dieser Hinsicht ist das TKJE von seiner Konzeption und von seinen Programmen eine sehr gute Institution, die es zu erhalten gilt. Wir würden uns aber wünschen, gerade im Veranstaltungsbereich bei den Jugendlichen über 14 noch mehr anzubieten, das die Jugendlichen mitzieht – und das so regelmäßig wie möglich. Dafür werden wir in die Taschen greifen müssen. Ich meine, in diesem Hause eine Strömung in diese Richtung erkennen zu können. Wir sollten das im nächsten Jahr konzeptionell angehen.

Als eine gute Entscheidung wird sich sicherlich auch das neue Pflegeheim erweisen. Besonders zu begrüßen ist der neue Ansatz, der diesem Pflegeheim zu Grunde liegt. Es wird auch Zeit, dass sich die Altenpflege mehr den Bedürfnissen der älteren Menschen anpasst. In Dänemark geben $\frac{3}{4}$ der alten Leute an, sie hätten kein Problem damit, in ein Altenheim zu gehen. In Deutschland will kaum jemand in ein Altenheim. Dies liegt einzig und allein an der Gestaltung dieser Betreuung. Jeder Mensch in Deutschland kennt die klassischen Altenheime mit ihrem „Verwahrungs-Konzept“. Unser Altenheim soll anders werden – und vor allen Dingen, es wird kein Gebäude wie etwa in Rodenbach, wo die alten Menschen abgeschnitten am Waldrand leben. Es wird mitten im Ort liegen. Und ich hoffe, es wird ein erfolgreiches Konzept.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einige Anmerkungen zu den Haushaltsanträgen machen:

Unseren erster Antrag zur Erlenhalle haben wir abgeändert: Unser neuer Beschlussvorschlag lautet: Parkett und Estrich werden mit einem Sperrvermerk versehen. Es wird ein Gutachter beauftragt, der den Zustand des Parketts beurteilt, ob Unfallgefahren vorliegen. Sollte das Parkett keine Unfallgefahren bergen, würden wir uns gerne diese Investition vorübergehend sparen. Zu unseren Beweggründen habe ich bereits einiges gesagt.

Diese Beweggründe gelten auch für unseren 2. Antrag. Wir sind der Meinung, dass wir die alten Möbel weiter benutzen können, auch wenn sie nicht mehr „der letzte Schrei sind“. Wir wollen damit unseren Sparwillen dokumentieren.

Antrag 3 ist in einem gemeinsamen Antrag mit der UBE aufgegangen. Dazu wurde bereits vieles in der Ausschuss-Sitzung gesagt. Auch hier gilt: Das Rathaus hat sicherlich schon bessere Zeiten gesehen. Klar ist auch, dass unhaltbare Zustände wie die am Innenhof beseitigt werden müssen. Der Innenhof ist ja nicht Bestandteil unseres schriftlichen Antrags. Wir sind uns darüber einig, dass dies so bleiben soll. Mit dem Rest würden wir lieber warten, bis wir dafür das Geld haben. Sie haben ja selbst angekündigt, Herr Erb, dass wir in den kommenden

Jahren mit ein Paar schönen Euros rechnen können. Wir sollten sie dafür reservieren. Um eines mal ganz deutlich klar zu stellen: Wir sind nicht per se gegen eine Rathaussanierung. Aber: Wir würden es gerne aus eigener Tasche finanzieren statt auf Pump. Ich füge hinzu, dass sich meine Fraktion an dieser Stelle nicht ganz einig geworden ist. Es wird deshalb kein einheitliches Abstimmungsverhalten in dieser kontroversen Frage geben.

Bei der Sperre für die Investition auf dem Spielplatz geht es uns natürlich nicht darum, die Spielgeräte für die Kinder zu streichen. Wir haben uns überlegt, dass sehr schöne Geräte auf dem Fliegerhorst stehen. Diese könnten für die Hopfenstraße ein Gewinn sein. Sollte das nicht möglich sein, müssen die Geräte natürlich anderweitig gekauft werden.

Antrag 5, die Begrüßungsveranstaltung haben wir zurückgezogen, um diese Idee im neuen Jahr noch mal in aller Ruhe in einem Ausschuss zu diskutieren. Es wäre vermutlich sinnvoller, die Veranstaltung an eine bereits bestehende Veranstaltung „anzudocken“, um die Akzeptanz zu erhöhen. Wir folgen hier dem Vorschlag des Bürgermeisters.

Antrag 6 sieht 2 neue Straßenlampen vor, jeweils eine in der Kinzig- und der Ringgrabenstraße. In beiden Straßen ist es für unser Dafürhalten zu dunkel.

Antrag 7 schließlich sieht die Wiedererrichtung des Trimm-Dich-Pfads rund um den Vogelrundpfad vor. Wir halten dies für eine sinnvolle Maßnahme der unkomplizierten Sportförderung und sind der festen Ansicht, dass sie gerade unter den Läufern in der Umgebung viel Akzeptanz und Befürwortung erfahren wird.

Zu den anderen Anträgen:

Den Änderungsanträgen des Gemeindevorstandes stimmen wir zu.

Nicht zustimmen werden wir bei den ersten beiden SPD-Anträgen. Dies bedeutet also, wir unterstützen die neue Hundesteuersatzung, so wie sie uns vorgelegt wurde. Ich füge hinzu, dass auch wir diese Art der positiven Förderanträge gerne gestellt hätten. Sinnvolle Möglichkeiten gäbe es da genug. Würden wir aber alle das tun, sehe ich schwarz für bessere Zeiten in unserem Geldsäckel.

Was die Bücherei betrifft, so wird sich die CDU-Fraktion an den Landtagsabgeordneten im Wahlkreis wenden – der dann sicherlich Aloys Lenz heißen wird – und ihn darum bitten, sich für den Zuschuss des Landes einzusetzen.

Dem dritten SPD-Antrag stimmen wir zu. Auch hier haben wir im Ausschuss lange diskutiert. Aber wenn Herr Viel zum Ergebnis kommt, eine Pelletanlage könnte sinnvoll sein, gibt es von unserer Seite dazu keinen Widerspruch.

Die UBE-Anträge 1-8 lehnen wir ab. Hierfür gab es in der Fraktion keine Mehrheit. Die Diskussion über die neue Gebührensatzung im kommenden Jahr zeigt in der Zielrichtung allerdings, dass die UBE mit ihren Anträgen 3-8 ihrer Zeit ein Stück voraus war.

Bei der Umgestaltung des alten Friedhofs in Langendiebach, Antrag Nr. 9, geben wir die Abstimmung frei.

Antrag 11, der Ersatz der Kohleöfen durch eine Gasheizung hat sich als eine sinnvolle Maßnahme herausgestellt. Am Austausch wird die CDU daher festhalten.

Bei Antrag 12, dem Grundstück Ravolzhäuser Straße 1-3 hat sich für dieses Jahr Bewegung angekündigt. Im Glauben daran, dass dem so ist, sind wir dafür, den Haushaltsansatz so zu belassen.

Antrag Nr. 13, den Verkauf der Fallbachhalle, lehnen wir ab.

Kommen wir zu den Grünen Anträgen:

Antrag Nr. 1, der Beschilderungs-Erneuerung stimmen wir zu.

Antrag 2 hatten Sie zurückgezogen. Genauso Antrag 3, den wir aber dennoch unterstützt hätten.

Antrag 4, den sog. Generationsworker lehnen wir ab. Allerdings nicht prinzipiell, sondern deshalb, weil die Einstellung losgelöst von einem konkreten Konzept geschehen würde. Wie gesagt, wir sollten uns im nächsten Jahr dringend darüber unterhalten. Allerdings finden wir den Begriff „Generationenworker“ grässlich. Aber das ist ja das geringste Problem.

Antrag 5 lehnen wir ab, nachdem uns versichert wurde, dass es sich um eine wichtige Unterstützung handelt und nicht um eine reine PR-Geschichte. Wir werden das ja in den kommenden Monaten beobachten können.

Antrag 6 lehnen wir ab.

Antrag 7 finden wir eine gute Idee, die wir vom Prinzip unterstützen würden. Allerdings wäre es sinnvoll, diesen Antrag gemeinsam mit der neuen Gebührenordnung zu beraten. Das wäre eine konstruktive Überlegung.

Bei Antrag 8 enthalten wir uns. Es wurde im Ausschuss ja bereits geäußert, dass wir die Vorlagen dann ohnehin erhalten.

Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir dem Haushalt 2009 zustimmen. Zustimmen werden wir auch dem Haushaltskonsolidierungsprogramm und dem Investitionsprogramm.

Herzlichen Dank.

Max Schad